



der Bevölkerung sicherzustellen, sei es in Form einer jährlichen Umlage, sei es in Form der Erfassung einer Reserve an Brotgetreide, wird sie dabei der Unterstützung der großen Masse der Bevölkerung sicher sein, andernfalls aber wird die Verzweiflung und die Erbitterung der Massen sich auch gegen sie wenden.

## Die Regelung der Beamtenbesoldung

### Die Absichten der Regierung

Der 23. Ausschuss des Reichstages beriet gestern über die Erhöhung der Beamtenbesoldung. Auf mehrfachen Verlangen teilte ein Regierungsvertreter die Absichten der Regierung in bezug auf die Neuregelung der Besoldungsfragen mit. Danach ist die Regierung der Auffassung, daß die Grundgehälter erheblich erhöht werden müssen, und daß das bei den unteren Gruppen in bedeutend stärkerem Maße zu geschehen habe, als bei den mittleren und oberen. Die riesig steigende Teuerung werde von niemandem verkannt. Allerdings könnten „phantastische“ Forderungen von 8000 bis 10 000 Mark Erhöhung, wie sie vereinzelt für die unteren Gruppen gestellt wurden, nicht in Frage kommen. Voraussetzlich werde man für diejenige Gruppe, die die meisten Beamten umfasse (Gruppe 3), durch einen Zuschlag ein Gehalt erreichen, das für diese Gruppe angemessen sei. Hiervon ausgehend, dürfe sich dann der Ausbau der Besoldungsleiter vollziehen. Eine gleichmäßige, prozentuale Steigerung des Gehaltes von Gruppe zu Gruppe, wie es von der Deutschen Volkspartei gewünscht wird, sei nicht möglich, weil die Endgehälter der einzelnen Gruppen nicht mehr in dem früheren Verhältnis von 1 zu 2 ständen, und infolgedessen sowohl bei den einzelnen Gruppen als auch bei den Endgehältern ungleich hohe Beträge zugebilligt werden müßten. Das wäre für die unteren Gruppen unerträglich. Die Wirtschaftsbeihilfen werden nach Ansicht der Regierung nicht besetzt werden können. Es gäbe kein anderes Mittel, als die tatsächlich vorhandenen riesigen örtlichen Unterschiede in der Teuerung auch zwischen Orten der Ostklasse A auszugleichen. Es müsse zugegeben werden, daß z. B. zwischen Breslau und Essen (beide Ostklasse A) ein großer örtlicher Unterschied in der Teuerung bestehe. Dem müsse Rechnung getragen werden. Ferner ist eine Erhöhung der Kinderzulage in Aussicht genommen; auch die Einführung einer Frauenzulage wird erörtert. Ob die Regierung sich hierzu entschließen wird, steht vorläufig noch nicht fest.

Abgeordnete der verschiedenen Parteien erklärten sich fast durchweg mit der Forderung der Grundgehälter einverstanden, widersprachen jedoch der Einführung einer Frauenzulage.

## Der Dollar 253

In Berlin setzte sich heute vormittag die Devisenschwäche, die sich gestern abend bereits gezeigt hatte, zunächst weiter fort. Um 10 Uhr vormittag wurde der Dollar mit etwa 253 genannt.

## Die englische Kabinettskrise

EP. London, 8. März.

Die englische Kabinettskrise bleibt unnerändert. Die parlamentarische Gruppe, die die Bildung einer nationalen Partei erstrebt, bemüht sich in den Wandelgängen des Unterhauses eifrig nach neuen Anhängern. Man glaubt, daß auch von unionistischer Seite zahlreiche Unterschriften gegeben werden. Ob sich aber Lloyd George mit derartigen Loyalitätserklärungen zufrieden geben wird, bleibt abzuwarten; er wird vor allem Wert darauf legen, daß die Wähler im Lande ihm ihr Vertrauen aussprechen, wodurch die Krise dann tatsächlich beendet würde.

Allem Anschein nach haben die Bemühungen Balfours, die unionistische Gruppe in der Koalition zu vereinen, wenig Erfolg gehabt. Eine Gruppe unversöhnlicher Abgeordneter der konservativen Partei richtete einen Aufruf an ihre Wähler, worin sie diese auffordern, sich der konservativen Partei anzuschließen, da das englische Reich bedroht sei. Die Hauptgefahren kämen von kommunistischer und sozialistischer Seite, die die gegenwärtig bestehende Gesellschaftsordnung bekämpften. Es wird der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie seit dem Kriegsende sich gegenüber diesen Gefahren vollständig passiv verhalten habe. Am Schluß des Aufrufes legen die Konservativen nochmals ihre Gründe dar.

80 Kronen eine Straßenbahnfahrt. Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Antrag der Direktion der städtischen Straßenbahnen auf Erhöhung des Einheitsfahrpreises von 60 auf 80 Kronen angenommen.

## Wirklichkeitsinn

Von Adolf Altmann

Der Sozialist ist ein Mensch, der Wirklichkeitsinn hat. Insofern ist er kein Idealist, wenn auch in neuerer Zeit öfters das Gegenteil behauptet wird und die Sozialisten selbst sich als Idealisten fühlen. Und doch steht in diesem Gefühl etwas Nichtiges drin. Es wird sich also darum handeln, einem falschen Idealismus den wahren gegenüberzustellen, der nichts anderes sein kann als ein vertiefter Wirklichkeitsinn.

Welche Auffassungen und Einstellungen des Idealismus sind von sozialistischer Weltanschauung aus gesehen falsch? Darauf ist erstens zu antworten: die Meinung, daß die Idee die Geschichte beherrscht, und daß man mit Ideen Geschichte machen könne. Diesem Glauben entspricht aber nicht die Wirklichkeit, die Geschichte selbst. Was hat man z. B. nicht alles an schönen Idealen und Zielen im deutschen Idealismus gehabt und gepflegt, verhandelt und mit gewaltiger, patriotischer Begeisterung in die Wirklichkeit umgesetzt! Ich erinnere nur an das Ideal eines ewigen Friedens, wie es Kant herausgestellt hat, oder an das allgemein verehrte Ideal der Humanität. Aber keine dieser gewiß schönen und großen Ideen hat die Wirklichkeit und die Geschichte nachhaltig beeinflusst und bestimmt. Die Entwicklung ging vielmehr, wie es Schopenhauer in seinem bekannten Wort in richtiger Voraussicht so schön gesagt hat, von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität. Oder um ein anderes Beispiel zu nennen: Luther hat mit aller Entschiedenheit und immer wieder das Zinsnehmen verboten (eigenartiger Weise, da er sich sonst durchaus den herrschenden Machtverhältnissen unterwarf), weil er damit die Wurzel der zu seiner Zeit hochkommenen Kapitalwirtschaft austreiben wollte. Gewiß eine ganz schöne Idee, aber der Erfolg mußte ausbleiben, weil eben die geschichtliche Entwicklung ihren eburnen Gang nach eignen inneren Gesetzen geht. Auf diese Beispiele wird der unbelehrbare Idealist allerdings antworten, daß die Nichtverwirklichung von Idealen nur daran liegen könne, daß sie nicht ernst und tief genug gedacht und nicht mit genügender Ueberzeugungskraft und Hingabe propagiert worden seien, und er wird eine Anzahl von Gegenbeispielen bringen, um die Wirklichkeit von Ideennurwirkungen aufzuzeigen; er wird so vielleicht auf die französische Revolution von 1789 hinweisen, bei der doch die vorher verklärten Ideen der Demokratie und der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklicht worden seien. Aber gerade dieses Beispiel wird dem unentwegten Ideengläubigen zum Fallstrick, denn an ihm wird der Unterschied zwischen wahren und falschem Idealismus so recht deutlich. Ideen sind nämlich nur dann von

# Amerika geht nicht nach Genua

EP. Washington, 9. März.

Staatssekretär Hughes übermittelte der italienischen Regierung gestern die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Einladung zur Konferenz von Genua. Die Vereinigten Staaten erklären, daß sie an der Konferenz nicht teilnehmen werden. Man erwartet die Veröffentlichung des Wortlauts der Note für heute.

Paris, 8. März.

Die Agence Havas meldet aus New York: Die Vereinigten Staaten haben die Teilnahme an der Genuaer Konferenz abgelehnt.

## Die Kleine Entente und Genua

Vorsichtige Anknüpfung mit Rußland — Zahlungsausschub für Deutschland

Der Prager Korrespondent der „Rösischen Zeitung“ teilt einige ihm übermittelte Informationen anscheinend offiziellen Charakters mit, die für die Beurteilung der Genuaer Konferenz nicht unwichtig sind. Es heißt in seinem Bericht:

Die Kleine Entente wird in dem Hauptprogramm der Konferenz von Genua, in der russischen Frage, vollkommen solidarisch vorgehen. Diese Solidarität ist das Ergebnis längerer Unterhandlungen, denn das agrarische Südrussland hat an den Wirtschaftsbeziehungen Sowjetrußlands nicht das gleiche Interesse wie die Tschechoslowakei, deren Industrie nach dem russischen Markte hungert. Nichtsdestoweniger hat sich Südrussland der Meinung der Tschechoslowakei angeschlossen, daß vorsichtige politische und intimere wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland Voraussetzungen der mitteleuropäischen Rekonstruktion sind. In das Netz der neuen Beziehungen mit Rußland wird selbstverständlich Deutschland als unentbehrlicher Faktor mit einbezogen werden. Hierin wird die große Bedeutung der Konferenz für das Deutsche Reich liegen.

Hingegen wird Genua die Hoffnungen jener deutschen Kreise enttäuschen, die von den dort versammelten Vertretern Europas die Erleichterung der Reparationslasten erwarten. Eine solche Erleichterung kann nach der Meinung der Staatsmänner, welche die Kleine Entente leiten, nur auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen Berlin und Paris erfolgen. Eine offene Aussprache, die nicht offiziell eingeleitet werden dürfte, müßte dartun, was Frankreich unbedingt braucht, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, und was Deutschland äußerst leisten kann, um das zu ermöglichen. Man weiß daher, daß bei einer solchen Besprechung zwischen Frankreich und Deutschland, bzw. zwischen Deutschland, Frankreich und England die Parteien alle ihre Karten offen auf den Tisch legen müßten; denn solange das wechselseitige Mißtrauen in die Ehrlichkeit des Partners besteht, sei die notwendige endgültige Regelung des Reparationsproblems undenkbar.

Am auf einer solchen Konferenz überzeugend auftreten zu können, müßte Deutschland einen Delegierten wählen, dessen Ehrlichkeit in Paris nicht angezweifelt wird. Man mißt hier gerade dieser Personfrage große, wenn nicht ausschlaggebende Bedeutung zu. Die Tschechoslowakei empfindet den durch das letzte Reparationsystem verursachten Sturz des Marktwertes als eminent wirtschaftliche Gefahr, und sie hat auch sonst alles Interesse daran, den Frieden Mitteleuropas durch erträgliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gesichert zu sehen. Aus diesem Grunde wird sie und mit ihr die Kleine Entente jede direkte Besprechung zwischen Frankreich und Deutschland begrüßen.

Man nimmt hier an, daß für Deutschland ein ein- bis zweijähriger Zahlungsausschub erreichbar wäre. Allerdings müßte ein auch persönlich vertrauenswürdig, deutscher Unterhändler Frankreich überzeugen können, daß die Zeit des Moratoriums zur Regelung der deutschen Finanzen und vor allem zur Deflation verwandt werde. Nur dann könnte Frankreich mit vollkommener Sicherheit damit rechnen, von Deutschland gemäß dessen Zusicherungen befriedigt zu werden.

## Die alliierte Finanzministerkonferenz

Um die Verteilung der deutschen Goldmilliarde

Paris, 9. März.

Havas berichtet: Im Laufe der Besprechung der alliierten Finanzminister schilderte De Laforet den französischen Standpunkt. Da sich die französische Regierung durch das Abkommen vom 13. August nicht gebunden fühlt, machte De Laforet folgende Vorschläge:

1. Der Wert der Saargruben wird nicht auf Rechnung der Wiederherstellungskosten von 1922 gesetzt.

2. Die Kosten der Besatzungstruppen werden in der Landeswährung vereinbart für jede Armee, die an der Besetzung teilnimmt.

3. Für die Zukunft sollen zwei besondere Konten für die deutsche Zahlung errichtet werden, eines für die Reparation und eines für die Kosten der Besetzung.

Anschließend werden sich die Minister mit der Frage der deutschen Zahlungen für 1922 und mit dem Deutschland zu gewährenden Moratorium befassen. Die englische Regierung scheint der Ansicht zu sein, daß die Verteilung unter den Alliierten von der deutschen Zahlungsfähigkeit abhängig zu machen sei. Die Leistungen werden für 1923 und die folgenden Jahre aufgestellt werden. Von italienischer Seite scheint man keine wesentlichen Einwendungen machen zu wollen.

Havas meldet: Die alliierten Finanzminister haben sich gestern dem Ausgleich der Ansichten über die verschiedenen Fragen gewidmet, die noch nicht geregelt sind. Verschiedene alliierte Kreise glauben, daß das Londoner und das Cannes Abkommen als endgültig betrachtet werden müsse, während der französische Finanzminister der Ansicht ist, daß verschiedene Punkte dieser Uebereinkünfte noch Änderungen erfahren müssen, ohne daß man deswegen ihre vollständige Revision verlange, den Wiesbadener Vereinbarungen ist noch nicht zugestimmt worden. Die Ansichten der beiden Seiten sind noch geteilt. Die Verhandlungen bemühen sich, zu einer Verständigung über die verschiedenen Punkte zu kommen.

EP. Paris, 9. März.

Ein Vertreter des „Petit Journal“ ließ sich von einem Sachverständigen berichten, daß die französische Delegation eine große Ueberraschung hervorgerufen hat. Die Mitteilung, daß die französische Regierung alle bisherigen Abmachungen außer Kraft setzen will, haben den englischen Schatzkanzler Sir Horne veranlaßt, auch im Namen der englischen Regierung zu erklären, daß sie sich eine Einschränkung vorbehalte hinsichtlich der Ueberweisung der Festsetzung der Reparationszahlungen des Jahres 1922 an die Reparationskommission, da England dieser Ueberweisung nur unter der Bedingung zugestimmt habe, daß die Abmachungen von Cannes in Kraft treten.

## Gescheiterte Verhandlungen

in der englischen Metallindustrie

London, 9. März.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie, die die Vermeidung der Aussperrung am 11. März bezweckten, sind endgültig gescheitert.

## Eine Aktion der italienischen Arbeiter

Rom, 9. März. (Antel.)

Auf Grund der Unterzeichnung des Vertrages, den die der „Arbeiterallianz“ angeschlossenen Verbände, und zwar: Der Italienische Gewerkschaftsbund, die Union Sindacale, die italienische Arbeiterorganisation, die Eisenbahnergewerkschaft und der Landesverband der Hafenarbeiter abgeschlossen haben, wird von den genannten Organisationen nunmehr die Vorbereitung zu einer gemeinsamen Aktion getroffen, wobei folgende Ziele aufgestellt werden:

Wiederherstellung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheit, Sicherung des Achtstundentages, Verteidigung der wirtschaftlichen und moralischen Eroberungen der Arbeiterklasse.

Belang, der Idealismus ist nur dann berechtigt und voll Wirklichkeitsmöglichkeiten, wenn die Ideen mit Notwendigkeit aus einer geschichtlichen Situation herauswachsen und wenn sie einer wirklichen Geschichtsentwicklung entsprechen. Das zeigt die Vorgeschichte und der Fortgang der französischen Revolution. Die Idee der Demokratie erwuchs aus einer Wirklichkeit, aus der Unzufriedenheit der von einem überspannten absolutistischen Regime unterdrückten Bürger und Bauern, und entsprach, auf diese Tatsächlichkeit gestützt, einer wirklichen Geschichtsentwicklung, so daß eine gewisse Realisierung der Ideen eintreten konnte. Aber was wurde von den schönen Zielgedanken tatsächlich verwirklicht? Nur das, was der wirklichen Einstellung der Bürger und Bauern und den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Und diese Wirklichkeiten waren noch so, daß Revolutionshelden terrorisieren konnten, daß ein Napoleon und noch verschiedene andere Herrscher kommen konnten und daß schließlich eine Demokratie entstehen konnte, die als Kapitalherrschaft das Gegenteil von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bedeutete. Die Geschichte geht eben ihren eburnen Gang, und die schönsten Ideen, der beste und glänzendste Idealismus, die krampfhafteste Revolution und Aktion können nichts daran ändern. Die Wirklichkeit ist das Schicksal, dem der Mensch nicht widerstehen kann. Mit dieser Wahrheit ist auch jeder utopisch angehauchte Sozialismus gerichtet, vor allem der vormalige, der in echtem Idealismus vermeinte, durch Belehrung der Kapitalisten zu einer idealen Gewinnung die Lage des Proletariats entscheidend ändern zu können. Selbst wenn die Belehrung gelänge, und es gibt belehrte Kapitalisten, so ist doch die Wirklichkeit der herrschenden Verhältnisse immer noch viel stärker als der beste und stärkste Wille der Menschen.

Und zweitens ist auf die Frage, welche Auffassungen und Einstellungen des Idealismus von sozialistischer Weltanschauung aus gesehen, falsch sind, zu antworten: die Meinung, daß das innere Leben des Menschen unabhängig sei von den Dingen und Verhältnissen und daß die einzige Möglichkeit zu einem wahrhaften Glückseligwerden nur in dem Aufsteigen der Seele zu einer innerlich geschauten Idealwelt, in der Idealen und Ideen in das Reich des Wissens, der Gedanken und Taten und in einer fortwährenden Verwirklichung des Handelns bestehen könne. Auch hier müssen dem Idealisten die einfachen Tatsachen der Wirklichkeit entgegengehalten werden, am besten das lehrreiche Beispiel des Urchristentums. Die Urchristen waren solche Menschen nach dem Herzen der Idealisten. Ihr Kommunismus war eine läche Unabhängigkeitserklärung an alle umliegenden Dinge und Verhältnisse und ihr Schweben in einer Idealwelt war so groß, daß sie alle Lebensmöglichkeiten unberücksichtigt ließen und ihre Produktionsmittel verkauften. Natürlich mußten sie bald wieder auf

den rauhen Boden der Wirklichkeit heruntersteigen, als ihre nicht mehr zu übersehende Armut und Notlage sie zwang, mit den Gegebenheiten zu rechnen. Und trotz ihres noch fortdauernden idealen Schwunges erbeute ihre Sache nachher doch in der Konstantinischen Staatskirche, die machtvolle Wirklichkeit, leider nur nicht in idealem Sinne, war. Aus dieser interessanten Entwicklung müßte allen klar werden, daß ein Aufsteigen der Seele wohl ein zeitlang geschehen mag, daß aber die herunterziehende Kraft der unter gelassenen Dinge und Verhältnisse auf die Dauer doch stärker ist. — Aber — so kann man hier einwerfen, hat der Mensch nicht eine außerordentliche Sehnsucht nach Einkehr in das Reich der Gedanken, in das Reich des Schauens und Höheren Genießens, und in das Reich der stillen Tat? Gewiß, diese Sehnsucht ist vorhanden, sie ist eine tatsächliche Gegebenheit und auch das Streben nach Erfüllung dieser Wünsche ist eine Wirklichkeit, aber die Realität der bestehenden Dinge und Verhältnisse ist ebenfalls eine Wirklichkeit, die zum mindesten ebenso stark ist. Wer diese Wirklichkeit unbeachtet läßt, ist entweder ein trambahnter Schwärmer oder ein sentimentaler Träumer, und beides sind Menschen, die vielleicht viel Schönes haben, aber doch nichts Ganges schaffen, Menschen, deren Leben so auf einem Selbstbetrug, auf Lüge und Täuschung aufgebaut ist.

In beiden Fällen kommt es danach für den Sozialisten, der Realist im besten Sinne des Wortes ist, darauf an, daß der Idealismus Wirklichkeitsinn hat, d. h. daß seine Ideen der geschichtlichen Entwicklung entsprechen und daß kein Wille zur Verwirklichung eines höheren und reicheren Lebens die gegebenen wirklichen Verhältnisse stark vernachlässigt und sie beim Fortwärtigen minimiert. — Bedeutet aber ein solcher Wirklichkeitsinn nicht Pessimismus und Resignation, ein Sich-Beugen vor dem Bestehenden, ein Unterlassen des Strebens nach Höherentwicklung? Sicherlich hat ein Realismus, der nur das Beste, was offenkundig zu Tage liegt, und der das Unangenehme der Gegenwart so gut aus den gegebenen wirklichen Zuständen abzuleiten und damit zu entschuldigen versteht, schon viele für den Fortschritt der Menschheit so verderblichen Wirkungen gehabt. Ein solcher Wirklichkeitsinn ist aber durchaus oberflächlich, denn er überflieht die tiefere Wirklichkeit. Die tiefere Wirklichkeit aber ist das Werden in der Geschichte, die Entwicklung, die das Eigenartige an sich hat, daß sie zukünftige Taten leimhaft schon im Schoß der bestehenden Stufe wachsen und die frühere Wirklichkeit schon vorher im Sehnen und Drängen der Menschen sich anfühlend löst. Erst der ist wahrer Realist, der die tiefere Wirklichkeit sieht. — Ich brauche wohl nicht anzuführen, daß Karl Marx und alle Führer des Proletariats solche Realisten waren, und daß ihre Ideale weiter nichts als solche tieferen Wirklichkeiten, Notwendigkeiten der geschichtlichen Entwicklung darstellten

# Der Feldzug der Lüge

Wie die Kommunisten politische Parolen vorbereiten

Im Reichstag steht ein erbitterter Kampf um die Steuer- vorlagen und das Steuerkompromiß bevor. Die unab- hängige Reichstagsfraktion wird getreu der Haltung unserer Partei und gemäß dem auf dem Leipziger Parteitag be- schlossenen Manifest diesen Kampf mit aller Energie führen. Sie wird Front machen gegen die Belastung der breiten Massen mit neuen Steuern und wird, wie sie dies als Partei zuerst getan hat, die Forderung nach Erfassung der Sach- werke erneut erheben. Ferner wird sie, wie sie dies bisher in zahllosen Versammlungen getan hat, die Massen auf- rufen gegen den Steuerraub am Volke und gleichzeitig die Heranziehung der wirklich leistungsfähigen und der an unserem Finanzjenseit tatsächlich Schuldigen fördern.

Nun hat die Zentrale der Kommunistischen Partei am 7. März ein Schreiben an die Zentralsektion der U. S. P. D. gerichtet, in dem sie zu gemeinsamen Aktionen und zu außerparlamentarischen Maßnahmen auf- fordert. Nichtsdestoweniger bringt es die Kommunistische Partei Deutschlands fertig, heute schon die Vorbereitungen zu treffen zu einem lügenhaften und nichts wüt- tigen Betrug, durch den sie die Unabhängigen für die eventuelle Belastung der Arbeiterschaft verantwortlich machen will. Und zwar geschieht dies in einem Riesen- plakaf, das die Kommunistische Partei bereits hat drucken lassen und an die verschiedensten Bezirke in Deutschland zum Verkauf gebracht hat. Das Plakat, das 96 Zentimeter lang und 62 Zentimeter breit ist und in Riesenlettern den kommunistischen Schwindel und die kommunistische Gauner- taktik der Lüge und der Verleumdung des politischen Geg- ners enthüllt, hat in möglichst getreuer Wiedergabe der Aufmachung, folgenden Wortlaut:

## Reichstags-Auflösung!

Der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, hat ein Steuerkompromiß beschlossen. Nach dem Willen der Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Sozialdemokraten (Arbeiter- vertreter) und Unabhängigen (auch „Arbeitervertreter“, die nicht dagegen stimmten), sollen die beschlossenen, werktätigen Massen von neuem

## 53 Milliarden Mark Steuern

anbringen, das heißt, auf die Hälfte ihrer Hungerlöhne verzichten.

Inbesondere sollen die Lohn- und Gehaltsempfänger, also die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten zahlen:

- 10% Lohnabzug 10 Milliarden M.
- Umsatzsteuer 24 Milliarden M.
- Kostensteuer 10 1/2 Milliarden M.
- An Steuern auf Zucker, Bier, Tee, Kaffee, Tabak, Zündwaren, Sols, Leuchtmittel 4 1/2 Milliarden M.

Den Reichen wird gegeben:

- Abschaffung des Reichensteuers
- Abschaffung der dem Bücherkapital hinderlichen Nachkriegssteuern
- Die Vermögenssteuern werden gegenüber dem Regierungsvorschlag um 100% ermäßigt.
- Eine sogenannte Zwangsanleihe im Betrage von 1 „Goldmilliarde“ bringt nach kurzer Zeit den Besitzern reichen Zinsesgen!

## Ist das der Wille des werktätigen Volkes?

Mit nichten! Das Volk verlangt Entlastung! Befastung für die Reichen! Das Volk wird nicht mehr vertreten durch seine heutigen Reichstagsabgeordneten!

Darum muß die Parole sein für alle:

Fort mit diesem Reichstag! Fort mit dieser Regierung!

Neuwahl der Volksvertreter! Bildung einer Regierung aus Vertretern der Arbeiter, Angestellten und Beamten, einer

## Arbeiter-Regierung

Kommunale und holt Euch Aufklärung!

am . . . . . den . . . . . um . . . . . Uhr im Lokal . . . . .

## Große öffentliche Protestversammlung

Gegen den schändlichen Steuerraubzug. Referent: . . . . .

Wacht auf! Erscheint in Massen! R. P. D.

Nichtswürdiger ist noch keine Partei verfahren als die R. P. D. mit dem vorstehenden Plakat. Während man um

gemeinsame Verhandlungen und Aktionen nachsucht, leitet man hinterwärts einen Verleumdungsfeldzug überster Art ein. Das ist die gleiche Partei, die ursprünglich über unsere Forderung nach Erfassung der Sachwerte gespottet und diese Forderung später, nachdem die Arbeiterschaft sie energisch aufgenommen hatte, zu ihr übrigen gemacht hat. Jetzt schreit sie nach einer Arbeiterregierung, über die sie früher ge- gelächelt. Den Unabhängigen schließt sie schon im voraus die Schuld zu, obwohl die R. P. D. weiß, daß gerade die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Steuerfrage nur im Interesse der Arbeiterklasse behandelt und die Mas- sen zuerst mobil gemacht hat gegen den Raubzug auf ihre Taschen. Für solche Verworfenheit, für solch politisches Gaukelspiel gibt es nur noch Verachtung.

## Der Wirtschaftsfrieden der Unternehmer

Tagung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände

In Köln tagte am Mittwoch die ordentliche Generalver- sammlung der Vereinigung deutscher Arbeit- geverbände. Nach einigen Proseberichten zeigte die Tagung ein recht interessantes Gesicht. Die Versam- lung stellte sich auf den Boden sozialpolitischer Forderungen und huldigt dem Gedanken des Wirt- schaftsfriedens. Nun kann man nie genau wissen, was das Unternehmertum unter Sozialpolitik versteht und unter welchen Bedingungen sowie zu welchem Preise es den „Wirtschaftsfrieden“ zu schließen und zu halten gedenkt. Dr. Felix Pinner, der Handelschef des „Berliner Tage- blattes“, berichtet seinem Blatt über die Tagung und stellt die Ziele und Absichten der Vereinigung so dar:

„Die Tagung stand unter dem Gesichtspunkt sozialpoliti- scher Forderungen und sozialpolitischer Diskussion. Erst- lich wurde schon in den Begrüßungsreden der Vertreter der Organisationen und der Behörden der Gedanke des Wirt- schaftsfriedens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern besonders hervorgehoben. Der Arbeitnehmer ist endgültig als gleichberechtigte Macht und Vertragspartei im Wirtschafts- staat anerkannt, daran denkt auf Unternehmerseite niemand mehr etwas zu ändern. Im Gegenteil. Nach allgemeiner Ueberzeu- gung muß diese Grundlage immer mehr verbreitert und gefestigt werden, damit unsere Wirtschaft vor Gefahr und Schwankungen nach Möglichkeit bewahrt werden kann. Ueber- wiegend wird auch anerkannt, daß die Arbeitsgemeinschaft Gegeneinander von Gruppen und Klassen mit verschiedenartigen die Arbeiter und Unternehmer vereint, kein Nebeneinander und manchmal gegensätzlichen Interessen sein soll, sondern, daß ihre Arbeit von Gemeinschafts- und Volksgefühlen, nicht von Gruppengefühlen getragen sein muß.“

Wenn man's so hört, mag's leidlich scheinen. Aber es ist doch nur ein gefälliges Mäntelchen, mit dem sich die Ver- einigung aus feilschem Anlaß schmückt. Zwar sind es nicht die bössartigen Scharmacher, die in dieser Unternehmerver- bindung organisiert sind. Die Vereinigung faßt vornehm- lich die Unternehmergruppen zusammen, deren besondere Interessen nicht mit denen der scharfmacherischen Schwer- industrie identisch sind und die aus tieferliegenden Gründen dem „Wirtschaftsfrieden“ wohl geneigt sein mögen, wenn sie selbst ihm das Gepräge geben können. Wie er dann ausschaut, das zeigt der Pferdefuß, den auch Pinner trotz des netten Mäntelchens erblickt und so zeichnet:

„Von der grundsätzlichen Erkenntnis dieses Zieles bis zu seiner Durchführung in der Praxis ist allerdings der Weg man mal nicht leicht zu finden und auf beiden Seiten suggeriert man sich nicht selten die Ansicht, daß das Interesse der einzelnen Gruppe mit dem der Volkswirtschaft identisch ist.“

So werden die Dinge von den Unternehmern in der Regel ausgelegt, und den Weg von der „grundsätzlichen Erkenntnis“ zur „Durchführung in der Praxis“ werden sie nie zuzuliegen. Auch der erstrebte Wirtschaftsfrieden ist ihnen nur die gemeinsam mit den Arbeitneh- mern betriebene Forderung des Gruppeninteresses, sei es auch im Gegensatz zum volkswirtschaftlichen Gesamt- interesse. Dazu denken sie die Arbeitsgemeinschaften und andere Einrichtungen ähnlicher Art zu mißbrauchen. Diese Erscheinungen geben auch den Anlaß zu den Bedenken gegen die Arbeitsgemeinschaften, die wir oft geäußert haben, aber auch von anderer Seite ist bemängelt worden, daß sich Unternehmer- und Arbeitervertreter in diesen Kör-

perschaften vielfach gegenseitig hohe Preise und Lohnzulagen bewilligen, ohne die Wirkung auf die Gesamtwirtschaft ge- nügend zu beachten. Aber das sind die Bedingungen, die das Unternehmertum stellt, wenn es den „Wirtschaftsfrieden“ schließt, das ist der praktische Inhalt der schönen Reden auf der Kölner Tagung.

Das kam auch zum Ausdruck in der Person von gelehrten Referenten, die sich die Vereinigung geleistet hatte. Herr Professor Span n aus Wien tötete abermals den Marx- ismus und neben ihm sprachen Leopold v. Wiese, Martin Spahn, Edler v. Braun und sogar Stadler. Es war also alles da, was einen guten reaktionären Ruf hat.

## Die Impffrage

Auf Wunsch mehrerer Abgeordneter der drei sozialistischen Parteien hielt am Freitag die Impfgenerin Frau Dr. And e a s einen Vortrag über Impfung und Impfgesetz. Die Rednerin schil- derte die Einrichtungen für die Impfgewinnung, deren Kosten in keinem Verhältnis zu ihren Ergebnissen ständen. Von manchen Schulärzten würden die Kinder zwangsmäßig geimpft. In der Dis- kussion sprachen mehrere andere Impfgener, die in Ueberein- stimmung mit der Referentin die Beseitigung des Impfwanges forderten. Ein Vertreter des Gesundheitsministeriums fand mit seinen Ausführungen lebhaften Widerspruch. Professor Dr. G r o t j a h n hob hervor, daß wir zur Seuchenbekämpfung bessere und wirk- samere Mittel hätten, als die doch recht zweifelhaften Impfungen, und die dabei weniger kostspielig und umständlich seien. Die Ge- nossen Frau R e m i s, Z u b e i l, Frau K a r z und A l b r e c h t setzten sich dafür ein, daß eine unparteiische paritätische Kom- mission gebildet werde, die nicht nur für eine Umgestaltung des Impfgesetzes und für die Einführung einer Gewissenslaute!, son- dern auch dafür zu sorgen hätte, daß der Staat den Impfgeschädig- ten gegenüber haftbar gemacht werde.

## Erklärung

In Nr. 104 der „Roten Fahne“ vom 2. März d. J., wid- met mir das Auslandskomitee zur Organisierung der Ar- beiterhilfe für die Hungernden in Rußland eine ganze Druckseite. Weil ich in demselben Tone nicht antworten will, verzichte ich auf jede Rückäußerung und betone noch einmal, daß ich zu dem siehe, was ich geschrieben habe. Carl Bollmerhaus.

## Die Not der Pensionäre

Grenzenlose Bummel bei Behörden

Auf eine Anfrage im preussischen Landtage war vom preussischen Finanzminister folgende Antwort ergangen: Die un- derzög- liche Neuregelung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger und Beamtenhinterbliebenen auf Grund des Gesetzes über eine Aenderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten vom 24. November 1921 ist durch Ausführungsanweisung vom 20. Dezember 1921 ange- ordnet. Auf die möglichst beschleunigte Anrechnung und Anweisung der neuen Bezüge wird fortwährend in allen Verwaltungen hingewirkt.

Die Ausführungsanweisung soll also vom Finanzminister bereits am 20. Dezember 1921 ergangen sein. Am 13. Februar 1922, also fast zwei volle Monate später, war aber die Ausführungs- anweisung bei den nachgeordneten Stellen noch nicht einge- gangen. Die Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger und Beamtenhinterbliebenen müssen hungern und frieren, nur weil die Bureaufakten in ihrer Ruhe nicht gestört werden wollen. Es ist fraglich, ob die Ausführungsanweisung überhaupt schon an die Regierungen abgegeben worden ist und nicht noch beim preussischen Ministerium ruht.

Nach dem Studium der Ausführungsanweisung muß erst die komplizierte Anrechnung der Bezüge erfolgen. Das würde für die Pensionäre usw. einen trüben Ausblick eröffnen, wenn die Arbeit bei den Regierungen in demselben Tempo vor sich gehen würde wie im Finanzministerium.

Bis jetzt haben die Ruhegehaltsempfänger, die doch bei der Geldentwertung und dem kleinen Einkommen wahrlich nicht auf Rosen gebettet sind, durch die nicht erfolgte Auszahlung der Bezüge schon ein Drittel derselben durch die Säumig- keit des Finanzministeriums verloren. Die grenzenlose Bummel — anders kann man es nicht nennen — des preussischen Finanzministeriums verdient aufs schärfste ge- brandmarkt zu werden.

## Was leistet die Konsumgenossenschaft?

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend veröffentlicht soeben eine Aufstellung über ihre eigenen Lebensmittelpreise und diejenigen der Konkurrenz. Die Vorteile der Mittelebschaft in der K. G., sowie die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Organi- sation aller Werktätigen in der heutigen wirtschaftlichen Not, in der sich alle Lohn- und Gehaltsempfänger befinden, wird hier- durch in helles Licht gerückt. Hier die interessante Statistik:

Preise am 1. März 1922

	Konsum	Private Konkurrenz
Griech	6,-	7,50
Kartoffelmehl	10,40	15,-
Ausgangsmehl	7,50	8,50
do. 65 Prozent	6,80	7,30
Graupen	6,80	10,-
Makkaroni	15,80	19,25
Mohn	12,50	15,-
Sago	8,-	15,-
Pläumen	16,-	18,-
Sultaninen	32,-	bis 21,90
Rosinen	26,-	35,-
Süßere Mandeln	32,-	60,-
Bittere Mandeln	42,-	74,-
Corintheln	26,-	26,50
Zucker	7,00	8,50
Speisebohnen	6,80	8,-
Victoria-Erbsen	7,40	9,50
Reis I	10,-	12,-
Butter I	45,-	50,-
Margarine I	26,-	30,-
Schmalz	34,80	36,-

## Nicht zuständig

Am 25. Februar veröffentlichte die „Freiheit“ eine Notiz mit der Ueberschrift: „Ein lauberes Haus“ in welcher die Handlungs- zustände in einem Hause in der Wärfstraße geschildert waren. Wir haben zwar bis heute noch nicht erfahren, ob dem dort be- stehenden gesundheitschädlichen Zustand endlich durch die in Frage kommende Behörde ein Ende gemacht worden ist, aber zu dieser Fall eine Zuspätkommen nachrichtenernamt des Magistrats erhalten, worin uns mitgeteilt wird, daß Bau- und Gesundheitspolizei nicht zuständig“ seien, es käme vielmehr die Be- und Entwässerungs- polizei in Frage, wahrscheinlich aber wie in den meisten Fällen ähnlicher Art, das zuständige staatliche Polizeiamt.

Dann wird noch Beschwerde darüber geführt, daß viele An- zeigen irrtümlich an die Hauptpolizei gerichtet werden, und diese gezwungen sei, eine Weiterleitung an die „zuständigen“ Stellen vorzunehmen.

Also nun wissen die Mieter ganz genau woran sie sind, selber noch immer nicht, wie ihnen in solchen Fällen geholfen wird. Es

Das im Schoß des Bestehenden sich Ankündigende kommt dann zur Wirklichkeit, wenn das Sehnen und Drängen der Menschen und die Ursache dieser Willensstrebungen, die Entwicklungs- tendenz der Verhältnisse, stärker ist als die gegebenen Zustände. Aller Fortschritt ruht so auf dem, was in der Brust des Menschen und damit im Untergrund des Werdens tatsächlich wirklich und wirkend ist. Wirklich und wirkend sind allerdings nicht schöne Wünsche, Wahnträume, persönliche Plebhabereien und kramphast gewollte Ideale, denn sie sind nicht in der realen Entwicklung vorhanden. Aber das, was mit ganzem Ernst und sozugen mit überindividuellem Ueberzeugungsgrad im Menschen lebt, ist die kommende Wirklichkeit. Der höhere Realist ist so durchaus Op- timist und Kämpfer. Er kämpft aber nicht um einer nebelhaften Idee willen, sondern weil die Wirklichkeit seines besten Sehnsens ihn drängt; und dieser Kampf ist die Form, in der sich die Um- änderung der Verhältnisse vollzieht. Danach führt allein die- jenige Art des Kampfes zum Ziel, die getragen ist von einer Sehnsucht des Menschen und von einem Vorwärtstreiben der Dinge und Verhältnisse, während alle gemachten Aktionen, und wären sie von einem noch so idealen Willen in Szene gesetzt, wirkungslose Epifoden im Geschichtsverlauf sind.

Der Mensch, der mit seinem Wirklichkeitsfinn auch diese tieferen Wirklichkeiten, seinen Hunger nach Sonne, sein Sehnen und Drängen steht und von diesem reinen inneren Leben getrieben wird, ist glücklich, und er kann doch nicht eher glücklich sein, als bis die rauhe Wirklichkeit, alle Menschen, Dinge und Ver- hältnisse seiner eigenen inneren Wirklichkeit entsprechen. Solange die bestehenden Zustände noch voller Unstetigkeit sind, wird er aus seiner eigenen inneren Freiheit ständig herabgezogen. Des- halb kämpft er um seiner selbst und um des Ganges willen. Auch dieser Kampf muß von Wirklichkeitsfinn durchzogen sein, d. h. es darf nicht das Wesen irgendeines Gebietes vergewaltigt wer- den, sondern seine tatsächliche Art und seine wirkliche Entwik- lungstendenz muß beachtet und berücksichtigt werden. Man darf doch z. B. von der Materie nicht verlangen, daß sie Geist werde um der Sehnsucht des Menschen willen. — Vertiefter Realismus bedingt so Liebe des Wesens aller Dinge auch im kämpfenden Vorwärtstreiben.

Der Idealismus des Sozialisten ist solch vertiefter Wirklichkeits- finn, der sich auf die Seite der tieferen Realitäten im Menschen und im Werden der Verhältnisse stellt und von hier aus kämpft unter Beachtung der bestehenden Zustände und des Wesens aller Dinge.

Widerverleugung der Künstlerhilfe. Die von der Maler- kommission der Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland peranzahlte Graphit- und Kunstblätterverleugung beginnt mit

einer Gewinnausstellung eines großen Teiles der Ge- winne vom 9. bis 15. März in der Kunsthandlung von Josef Altmann, Berlin W., Lützow-Allee 13 (täglich geöffnet von 11 bis 2 und 4 bis 6 Uhr, Sonntags von 12 bis 2 Uhr), und einer weiteren Ausstellung vom 17. bis 24. März in der Arbeiter- kunstausstellung, Petersburger Straße 39.

Lose sind erhältlich in der Ausstellung, ebenso ab 9. März in den öffentlich bekanntgegebenen Loseverkaufsstellen.

Die vom preussischen Staatsminister des Innern genehmigte Wertlotterie findet unter Aufsicht des Deutschen Roten Kreuzes statt, an dessen russische Verteilungsstelle der Ertrag der Ver- losung abgeführt wird. Fast alle führenden modernen Graphiker und Maler haben Arbeiten ihrer Hand gesendet, unter anderen sind vertreten: Käthe Kollwitz, Erich Hodel, Schmidt-Rottloff, Lionel Feininger, Paul Klee, Max Beckstein, Cäsar Klein, George Grosz, Ludwig Meidner, Walter Klemm, Emil Orlik, Arthur Segall, Kerschbaumer, Alfred Kubin, Heinrich Illse, Karl Hofer, Georg Kolbe, Hans Reid, Richard Seewald, Stanislaus Stückgold, Edwin Scharff, Otto Freundlich, W. Schnarrenberger, Karl Jacob Birsch, Felix Müller und andere.

Da hier den weitesten Kreisen Möglichkeit gegeben wird, für wenig Geld gute wertvolle Graphik zu erwerben, so ist ein rascher Abzug der Lose mit Sicherheit zu erwarten. Anfragen, die Lotterie betreffend, sind zu richten an die Maler- kommission der Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland, Berlin W. 82, Lützowplatz 13, zu Händen von Ines Wehler. Lose sind nur in den Verkaufsstellen erhältlich.

## Tages-Notizen

Kollektionspunkt Kaufhaus. Sonntag, 7 1/2 Uhr, findet in der Kula des Kaufhaus-Kaufhaus, Kaufhaus, Hoddinstraße 14, der diesjährige 5. Kammer- mahlabend (Schumann-Bruchsen-Abend) der bekannten Berliner Trio-Ver- einigung Wagner, Raab, Grünfeld und Willenberg statt. Ver- gangen: Trio Huber von Schumann, Sonate D-moll von Beethoven, Trio Huber von Brahms, Violinparten zu 4, 10 W. (Kammermusik) und 1, 10 W. (Solos).

Melodien. Die Aufführung von Hauptmanns „Katten“ im Theater am Bülowplatz am Freitag, beginnt pünktlich um 7 Uhr. So sei darauf hingewiesen, daß ein Zuspätkommen und Versäumnen der ersten Szene ebenso das Verständnis des Stückes erschwert wie die Stimmung gefährdet.

Die Werke Volkstheater bringt Sonntag, 19. März, 2 Uhr, im Theater des Webers sich Wagners „Tresten und Jolbe“ zur Aufführung. Die Spielleitung hat Prof. Hüsch (Eintakter) übernommen, die musikalische Leitung Kapellmeister Anton Hoff (s. d. Westposten-Oper New York).

Im Theater in der Kommandantenstraße, das seine Schiffsstellen als Fäbri- schen Kabinen-Theater nunmehr beendet hat, kommt um die Mitte des Monats März ein von Victoria Kattils geschriebenes, aus dem Schönen von Leon Gollmer und Robert Klein überliefertes und bearbeitetes Schauspiel „Nach Tagob“ zur Aufführung. — Sonnabend und Sonntag, 7 1/2 Uhr, Sondervor- stellungen von Oscar Wilde „Sandy“ in der Premierensession.

ist immer wieder das alte Lied, St. Bureaufratius feiert seine Orgeln, die Bevölkerung darf getrost in der Zwischenzeit verkommen. So geht es auf seinen Fall weiter. Wenn gewisse Herrschaften für das bezogene Gebot eine Tätigkeit nicht entfalten wollen, wird man diesen Kleingeldern ihre Sabotageversuche unterbinden müssen.

Die nicht vorhandene Mieterorganisation schädigt nicht nur die Interessenvertretung der Mieter in hohem Maße, sondern führt auch zu allerlei Verwicklungen. So wird uns mitgeteilt, daß die am letzten Sonntag im Lustgarten abgehaltene Demonstration nicht vom „Zentral-Mieter-Berband“, sondern von der „Mieter-Schutz-Vereinigung Groß-Berlin“ veranstaltet worden ist, und die erwähnte Organisation nur mit einer kleinen Gruppe dabei beteiligt war. — Es wäre ein nicht zu unterschätzender Fortschritt für die gesamten Mieterinteressen, wenn man sich endlich entschließen könnte, eine Zentralorganisation zu schaffen, die in Verbindung mit den Gewerkschaften ihre Tätigkeit viel zweckmäßiger betreiben könnte wie bisher.

Der Ringkampf auf dem Richtertisch. Eine Gerichtsverhandlung vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts III nahm einen etwas temperamentvollen Verlauf. Ein Kaufmann Max Fischer, der zurzeit eine zweieinhalbjährige Gefängnisstrafe verbüßt, wurde aus der Strafanstalt vorgeführt, um sich wiederum wegen Betruges zu verantworten. Kaum hatte er den Gerichtssaal betreten, als er, wahrscheinlich in einem Anfall von Hastphobie, auf den Richtertisch sprang und die Richter tätlich anzugreifen versuchte. Ein anwesender Justizwachmeister vermochte ihn zur Ruhe zu bringen. Kaum hatte jedoch der Anklagewertreter einen Zusatzantrag von einem Jahr Gefängnis gestellt, als der Mann abermals auf den Richtertisch sprang und erst nach schwerem Ringkampf überwältigt werden konnte. Er wird nunmehr auf seinen Geisteszustand untersucht.

Das Detektivbureau als Raubtanzlokal. Zahlreiche Beamte der Kriminalpolizei unternahm gestern Abend eine umfangreiche Razzia durch mehrere Lokale im Norden, Westen und Südwesten Berlins. Dabei sah sich die Streife auch ein verschwiegene Raubtanzlokal im Hause Friedrichstraße 160 näher an. Hier hatte ein findiger Kopf ein Raubtanzlokal eingerichtet, das er durch ein Türschild als „Detektivbureau“ bezeichnete. Als Beamte gegen 3 Uhr nachts dort plötzlich eindrangen, trafen sie eine seltene Gesellschaft an. Bei Sekt — die Flasche kostete nur 400 Mark — wurde munter genadelt. Wirt, Kellner und Musikanten wurden nach dem Alexanderplatz gebracht und das Lokal geschlossen. Die Räume wurden dem Wohnungsgaui zur Verfügung gestellt.

Der Tod zwischen den Buffern. Gestern Mittag war der 22-jähr. Bahnhofsarbeiter Karl Viehl, in Charlottenburg, Gerduinustr. 10, wohnhaft, auf dem Bahnhof Grunewald mit dem Rangieren von Eisenbahnwagen beschäftigt. Als er auf einem Wagen gegen eine Lokomotive fuhr, stürzte er infolge des Anpralls von seinem Platz herunter und geriet zwischen die Buffer des Eisenbahnwagens und der Lokomotive, so daß er zu Tode gequetscht wurde.

Der Volkspark in der Wahlperiode gesichert. Der Magistrat beschloß heute, für die Durchführung des Planes eines Volksparks in der Wahlperiode 4 100 000 Mark zu bewilligen, deren endgültige Bedingung aus der Stiftung „Park-Spiel-Sport“ erfolgen soll. Ebenso stimmt er der Durchführung eines Spielplatzprojektes des Bezirksamts Weiskensee, dessen Kosten sich auf 3 500 000 Mark belaufen, zu. Auch dieser Betrag soll endgültig aus der genannten Stiftung gedeckt werden.

Jugendweihel Neufuß. Anmeldungen zu derselben nur noch am Freitag in der Vorbereitungsstunde in der Schule Donaustraße 120. Alle zur Jugendweihel Angemeldeten, die noch nicht im Besitz der Teilnehmerkarte sind, nehmen diese ebenfalls dort in Empfang.

## Das Fahrgeld des Steuerzahlers

Die Direktion der Berliner Straßenbahn verwendet eine für 1921 angefertigte Zusammenstellung der mehrfach geänderten Tarife aller im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin betriebenen Straßenbahnen. Die Angaben sind wichtig für Steuerzahler, die bei ihrer Einkommenserklärung die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten anrechnen wollen.

Art der Fahrkarte	ab 1. 1. 21		ab 1. 2. 21		ab 3. 3. 21		ab 1. 5. 21		ab 1. 12. 21						
	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)	Gr. Berl. (inkl. Ost- u. West- u. S-Bahn)					
Einzelfahrschein	0,80	0,60	1,00	0,80	0,30	0,50	0,50	0,40	0,60	1,—	0,80	0,60	0,80	1,50	1,50
Umsteigefahrschein	—	0,80	—	—	—	—	—	0,60	1,50	—	1,—	1,—	1,—	2,50	2,50
Sammelkarten	6,—	6,—	8,—	8,—	—	8,50	—	4,—	7,—	—	—	—	—	10,—	10,—
Monatskarte für 1 Linie	70,—	—	40,—	—	18,—	30,—	30,—	24,—	36,—	90,—	50,—	35,—	50,—	190,—	75,—
„ 2 Linien	88,—	—	—	—	—	40,—	—	—	48,—	115,—	—	—	—	165,—	—
„ 3 Linien	114,—	—	—	—	—	—	—	—	145,—	—	—	—	—	210,—	—
„ alle Linien	175,—	—	50,—	40,—	—	—	—	—	225,—	65,—	65,—	65,—	—	330,—	100,—
Monatskarte für Wechselverkehre mit Linien der Berliner Straßenbahn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	115,—	145,—	115,—	—	165,—	210,—
Schülermonatskarten	18,—	18,—	15,—	15,—	9,—	12,—	12,—	12,—	14,—	20,—	20,—	15,—	20,—	30,—	30,—
Arbeitermonatskarten	ab 1. 2.	—	—	—	—	—	—	—	—	ab 7. 8.	—	ab 2. 5	ab 2. 5	7,50	—
für 6 Wochenfahrten	4,—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—
für 12 Wochenfahrten	8,—	6,—	6,—	6,—	3,—	5,—	4,—	4,—	6,—	10,—	8,—	5,—	8,—	15,—	12,—

Anmerkungen: 1) ab 1. 1. 21: Übergangskarte für 1,20 M. 2) für den durchgehenden Verkehr Spandau-Berlin. 3) im Winterverkehr, auf den Strecken der vorm. Spandauer- und Grunewald-Eisenbahn. 4) im Verkehr mit der vorm. Cöpenicker Straßenbahn. 5) für die Linie Wlbershof - Alt-Bloniche und städt. Linien der vorm. Cöpenicker Straßenbahn. 6) für die Linie Wlbershof - Alt-Bloniche und eine andere Linie der Berliner Straßenbahn.

## Gewerkschaftliches

### Viel Lärm um nichts

Die „rote Fahne“ ist außer sich und kann sich nicht beruhigen über unsere Darstellung der kommunistisch-gewerkschaftspolitischen Methoden ihrer Anhänger, die das Blatt bis zum Erbrechen vertritt und über unsere Charakterisierung von Brandler, Hedert, Jenes Organ, das in der allerniedrigsten Weise seit Jahr und Tag den überflüssigen persönlichen Kampf gegen ihr nicht genehme Gewerkschaftsfunktionäre führt, wie jetzt gegen die Berliner Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes, fühlt sich aber getroffen, wenn man ihm den Spiegel vorhält und ihre Wortführer in das helle Tageslicht stellt.

Was tut nun das Blatt? Es schimpft großschalig, redet von Verleumdungen und zitiert einen Brief aus Zürich, der Hedert großer Taten rühmt, von denen, die wir jahrelang Gelegenheit hatten, Hedert und Brandler aus der Nähe wirken zu sehen, nichts wahrnehmen. Wir bedürfen deshalb auch nicht der schriftlichen Beweise, die man uns gütigst vorlegen will.

Wer schimpft, hat unrecht, sagt ein volkstümliches Sprichwort, das in diesem Falle genau zutrifft. Im übrigen legen wir diese Ausfälle des Blattes gegen uns zu den andern, die nur den Beweis erbracht, daß wir den Nagel richtig auf den Kopf trafen.

Diese wütenden Angriffe sollen aber jedem Genossen im Bauarbeiterverband ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß jene Elemente, die nur destruktiv sich ausgeben können, von der Leitung der Verbandsgeschäfte ferngehalten werden.

### Methoden der Kommunisten

#### Zur Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Was wir leithin zur Charakterisierung der kommunistischen Taktik innerhalb der Berliner Verbände und besonders zu der im Bauarbeiterverband geübten hier sagten, wird um ein neues Kapitel bereichert. Im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband treiben diese kommunistischen Konfusionspolitiker daselbst ein Spiel. Letzten Sonntag wurde die durch Sabotage verurteilte Generalversammlung weitergeführt, in der Hobapp sich mit der ganzen Angelegenheit auseinandersetzte und feststellen konnte, daß kein einziger Redner der Opposition Kritik an der gewerkschaftlichen Arbeit der Ortsverwaltung üben konnte. Nur politische Unbuddsamkeit sei die Triebfeder der sogenannten Opposition.

Zur Neuwahl des engeren Vorstandes hatte die Opposition eine Liste eingebracht, auf der unter Weglassung des bisherigen Vorsitzenden Hobapp nahezu alle Mitglieder der alten Ortsverwaltung standen. Nachdem die Mitglieder der alten Ortsverwaltung ausdrücklich ablehnten, auf der Liste der Opposition Platz zu nehmen, blieb auf dieser Liste nur ein Vertreter der Opposition übrig. Dies gab den Vertretern der Opposition Veranlassung, wutentbrannt die Anhänger der Opposition zum Verlassen des Saales aufzufordern. Nach dem Auszug der Opponenten blieb aber der Saal noch überaus voll und die Neuwahl des engeren Vorstandes ging glatt vonstatten. Mit überwältigender Mehrheit wurde die alte Ortsverwaltung wiedergewählt und zwar: Hobapp, Vorsitzender; Schmiß, Stellvertreter; Kasperer, Kasperer; Janke, Stellvertreter; Küster, Schriftführer; Schmelz, Stellvertreter. Als Revisoren wurden gewählt: Hindemich, Kniage und Schneider. Die Beisitzer, die mit dem engeren Vorstand, die er-

weiterte Ortsverwaltung bilden, werden in den Gruppensammlungen gewählt, ebenso die Gruppenleiter. Als Kandidat zur Delegation für den Gewerkschaftskongress wurde für den Bezirk Berlin, umfassend Berlin, Brandenburg, Pommern und Schlesien, der Bezirksleiter Jungmanns Berlin aufgestellt. Zum diesjährigen Verbandstag sind von der Zahlstelle Berlin sechs Delegierte zu wählen. Es wurden folgende Kandidaten nominiert: Hobapp, Wilh. Fischer, Washinski, Marx, Schmiß, Siurr, Fr. Schulze, Alb. Schneider, Rauthmann, Siedschlag, Kieger, Seidl.

Diese denkwürdige Versammlung, die man sich wird merken müssen, fand nach einem ermahnenden Schlusswort leitens des Vorsitzenden dann ihr Ende.

### Die Potsdamer Arbeitgeber

Die Inhaber der Kleinhandelsgeschäfte und kleinen Industriebetriebe in Potsdam haben sich als die reaktionärsten gezeigt. Für sie existieren die nach dem November 1918 geschaffenen Verordnungen und Gesetze nicht. Sie lehnen deshalb auch jede tarifliche Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen für ihre Arbeitnehmer ab, üben sich in willkürlicher Behandlung ihrer Angestellten, die sie mit Hungerlöhnen von 500—1200 Mark pro Monat abspießen. Dieser menschenwürdige Zustand hat selbst die jahnen Potsdamer kaufmännischen Angestellten aufgerüttelt. Sie haben die Arbeitnehmerorganisationen mit dem Abschluss eines Tarifvertrages beauftragt. Als dies die Arbeitgeber merkten, haben sie die in einem Ausschuss zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände Potsdams aufgelöst und glaubten so, die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. 12. 1918 umgehen zu können. Sie wurden dennoch von den Gewerkschaften vor dem Schlichtungsausschuss geladen, haben aber den Schiedspruch deselben abgelehnt. Mit Entrüstung haben sie vor dem Schlichtungsausschuss die Verordnung der Volksbeauftragten, die nach ihrer Ansicht den freien Vertragswillen der deutschen Bürger terrorisiert, perwiderlt! Schlichtungsbestimmungen für wirtschaftlich schwache Arbeitnehmer sehen diese Herren als Terror an, aber ihre rückwärtslose Ausbeutung der kaufmännischen Angestellten ist ihnen ein heiliges vornehmeres Gesetz: Das ist Potsdamer Geist! Die kaufmännischen Angestellten Potsdams sind nicht gewillt, unter solchen Verhältnissen weiter zu leben, sie haben deshalb den Zentralverband der Angestellten beauftragt, energische Maßnahmen zu treffen, um einigermaßen mögliche Lebensbedingungen für sie zu erkämpfen. Der Regierungspräsident von Potsdam soll noch einmal vermitteln oder entscheiden. Es besteht aber die Wahrscheinlichkeit, daß die Angestellten zur Selbsthilfe greifen müssen. Sie werden deshalb aufmerksam in der nächsten Zeit alle Anzeigen in den Zeitungen und an den Anschlagstulen Potsdams verfolgen und sich sofort mit dem Zentralverband der Angestellten (Ortsgruppe Groß-Berlin), S.W. 61, Belle-Alliance-Straße 7/10, III in Verbindung setzen. Dieser Verband erteilt auch jeden Dienstag in Potsdam, Lindenstraße 20, in der Zeit von 7—9 Uhr abends hierüber Auskunft.

### Forderungen der Schuhmacher

Die Mah- und Reparaturschuhmacher haben den am 9. April 1921 mit den Innungen des neuen Stadtkreises Berlin abgeschlossenen Minimallohnvertrag vom 31. März 1922 gekündigt. Ein neu vom Zentralverband der Schuhmacher ausgearbeiteter Tarif ist den Arbeitgebern zwecks Anerkennung vorgelegt. Gefordert werden Mindeststundenslöhne in mechanischen Betrieben für männliche Arbeiter 13,50 M., für weibliche 11 M. und in anderen Betrieben 12 resp. 10 M. Für Reparaturarbeiten und für Reparaturen wurde eine Stundentafel festgelegt, um den Tarifvertrag auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Bei einjähriger Beschäftigung im Betriebe wird ein Urlaub von 6 Tagen bei Bezahlung des Durchschnittsverdienstes der letzten 4 Wochen gefordert. Diese Forderungen wurden in zwei Verfammlungen erhoben, die am Montag in den Ruitersälen und Dienstag in den Augusta-Viktoria-Sälen stattfanden.

Dachdecker und Berufsgenossen. Ab 3. März beträgt der Stundenlohn für Dachdecker 15,50 M., Hilfsarbeiter 14,80 M. Meldungen über nichtgezahlte erhöhte Löhne sind in der Verfammlungen am 19. März spätestens zu machen. Der Wochenbeitrag beträgt von der 10. bis 13. Woche 11,00 M., von der 14. Woche 14,50 M. Der Vorstand.

### Arbeiter Sport

Wrb.-Kahl, Berlin, Groß-Berlin. Tour am Sonntag, den 12. März, 1 Uhr, nach Rietz, Heilbesuch bei Genossen Trüger.

### Parciveranstaltungen

19. Verwaltungsbereich, Ortsgruppe Panow. Genossen die nach Bisher aus der Bibliothek der Ortsgruppe haben, werden ersucht, diese sofort zurückzugeben.

#### Freitag, 10. März

19. Verwaltungsbereich, Ortsgruppe Panow. Genossen die nach Bisher aus der Bibliothek der Ortsgruppe haben, werden ersucht, diese sofort zurückzugeben.

#### Sonntag, 12. März

Werkzeuge und Hohenföhren. Vorm. 10 Uhr Sitzung der Bildungsausschüsse bei Kopp, Sekt Rietzberg- und Seebachstraße.

Unserlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigelegt ist. Das gleiche gilt für Anlagen aus dem Verleitet.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henschel, Berlin; für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Berlin — Verlagsbuchhandlung „Arbeiter“, G. m. b. H., Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 84.

## Ein Besuch im künstlichen Höhen Sonnenbad „Aktis“

22 Sonnen spenden ihre heilenden ultravioletten Strahlen am Belle-Alliance-Platz. Ich kenne die Anstalt seit ihrem Bestehen und freue mich bei jedem Besuch über das ständige Wachstum derselben, das wohl noch nie einer Heilanstalt in Berlin in gleichem Maße beschieden war. Erklärlich wird dies, wenn man beobachtet, mit welcher Sorgfalt die Behandlungen durch den Direktor der Anstalt und die aufs beste ausgebildeten Schwestern vorgenommen werden. Wie oft hatte ich ferner Gelegenheit, von den überraschend günstigen Heilerfolgen zu vernehmen. Ich sah Kranke, die auf Bahnen hereingetragen oder von zwei Personen geführt wurden, und nach 14 Tagen oder drei Wochen sah und sprach ich dieselben Patienten, die nun ganz allein, teilweise von weit her, zur Nachbehandlung kamen und die freudestrahelnd erzählten, daß sie von allen Schmerzen befreit und ihrer Glieder wieder vollständig mächtig seien. Oder ich machte im Wartezimmer die Bekanntschaft einer schwerhörigen Dame, der ich ins Ohr schreien mußte, um mich verständlich zu machen. Nach acht Tagen, als ich sie wieder traf und in der gleichen Weise die Unterhaltung führen wollte, lagte sie, ich könnte mich ans Ende des Wartezimmers stellen und ganz leise mit ihr sprechen, sie höre alles. Einen taublen Ausländer traf ich, der von einem deutschen Freunde herangeführt wurde, um wieder behaart zu werden. Er glaubte allerdings nicht an den Erfolg, da er schon alles vergeblich versucht hatte. Nach vier Wochen war aus dem Saulus ein Paulus geworden. Kein Wunder, kein Kopf zeigte den schönsten Haarwuchs. Ich sah zwei junge Damen im Wartezimmer, anscheinend Schwestern, mit blauen, müden Gesichtern, denen die Blutarml und Bleichsucht von weitem anzusehen war. Nach drei Wochen waren es richtige Schönheiten geworden, mit frischen, rosigen Gesichtern und strahlenden Augen.

Ich könnte noch viele solcher Beispiele von Heilungen innerer und äußerer Krankheiten anführen, aber die Papierknappheit verbietet das. Selbstverständlich bewirkt die künstliche Höhen Sonne nicht immer allein diese glänzenden Heilungen. Das hat der rührige Direktor der Anstalt schnell eingesehen und deshalb alle neuzeitlichen elektromedizinischen Apparate angeschafft. Während die künstliche Höhen Sonne durch Verbesserung des Allgemeinbefindens, des Blutes und der Nerven wirkt, trifft die Diathermie (das sind hochfrequente Ströme wie bei der drahtlosen Telegrafie) die kranken inneren Organe selbst, Herz, Lunge, Leber, Nieren, Blase usw., und führt so die Heilung herbei. Ferner kommt zur Anwendung die berühmte Kumpfsche Herzbehandlung (nach Geheimrat Professor Kumpf, Bonn), auch Dilatationstherapie genannt, mit der selbst in verzweifeltsten Fällen noch Besserung und Heilung erzielt wird.

Viel benutzt werden auch die Entsetzungstische der Anstalt, durch die man im günstigsten Falle bis zu 40 Pfund monatlich abnehmen kann. Selbst einzelne Körperteile kann man damit entsetzen. Auch sonst sind noch zahlreiche Spezialapparate, z. B. für Frauenkrankheiten usw., im Gebrauch. Ferner kommt in Anwendung Vibrationen- und Handmassage, Heilluftbehandlung u. a. m. Besonders erwähnen möchte ich noch das Röntgeninstrumentarium, um die Krankheiten der inneren Organe, Herz, Lunge, Magen, Darm usw., festzustellen.

Eine besondere Annehmlichkeit der Licht- und elektromedizinischen Behandlung ist die Schmerzlosigkeit. Manche Arten der Behandlung, z. B. Bestrahlung, Diathermie, Vibrationsmassage, rufen sogar ein Gefühl des Behagens und Wohlbefindens hervor, das nach Bestrahlung stunden- und tagelang anhält. Aus diesem Grunde nehmen manche auch die Bestrahlungen, ohne eigentlich krank zu sein, nur zum allgemeinen Wohlbefinden, was auch sehr zu empfehlen ist. Eine gedrängte Zusammenstellung der Krankheiten, die im Höhen Sonnenbad „Aktis“ behandelt werden, mögen hier folgen:

Blutarml, Bleichsucht und sonstige Frauenkrankheiten, Stoffwechsellkrankheiten, wie Magen- und Darmstörungen, Fettsucht, Nieren- und Leberleiden, Zuckerkrankheit, Blasenleiden, Gallensteine, Gicht, Neuralgie (Nervenschmerzen), besonders Ischias, Gesicht- und Kopf-Neuralgien, Neurasthenie (Nervosität), Herzneurose, Schlaflosigkeit, Erältungskrankheiten, Rheumatismus, Herznarml, Katarrhe, Grippe, Asthma, Hautkrankheiten, Nlechten (auch Schuppenflechte und Psoriasis), Ginnen, Piel, Hautjucken, Jucken, Frostbeulen, Hautkrankheiten und Haarausfall, oft selbst jahrelange Kahlheit, Tuberkulose, Strofufose, Rachiitis (engl. Krankheit), Herzkrankheiten, Übererhaltung, Rückenmarkleiden, Lähmungen, Ohrenleiden usw. Ferner allgemeine Körperchwäche nach Krankheiten. Auch als Schönheitsmittel findet die Höhen Sonne Verwendung zur Erzielung einer feinen, glühenden Gesichtsfarbe und zur modernen Sportbräunung der Haut.

Diese Zusammenstellung ist der Druckschrift Nr. 6 entnommen, die von dem Direktor der Anstalt verfaßt, ausführlich über alles Auskunft gibt und die gegen Einzahlung von 1 Mark (in Briefmarken oder Schein) und Rückporto von der Anstaltsleitung zu beziehen ist. Diese 12seitige Druckschrift sollte in keiner Familie fehlen. Mündliche Auskunft erteilt der Direktor der Anstalt in liebenswürdigster Weise kostenlos von 10—1 und 4—7½, während die Behandlungen selbst von morgens 9 bis abends 8 Uhr erfolgen (ärztliche Untersuchungen von 10—1 und 5½—7 Uhr, außer Sonntags nachmittags). An Sonn- und Feiertagen ist die Anstalt geschlossen. Besonders beachtenswert sind die sehr mäßigen Preise, die auch den Minderbemittelten den Besuch der Anstalt ermöglichen. Bisher besuchten die Anstalt mehr als 9000 Patienten über 120 000 Einzelbehandlungen.

Wägen dem künstlichen Höhen Sonnenbade „Aktis“, das sich Belle-Alliance-Platz 6a befindet (keine Zweiganstalten), noch weitere solche glänzenden Erfolge beschieden sein zum Wohle der Berliner Bevölkerung. Carl Krebs